



FRAKTIONSVORSITZENDENKONFERENZ

## **Entschließung der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz zur Wirtschaftspolitik**

München, den 23. Mai 2017

### **Die wirtschaftliche Zukunft in Deutschland sichern**

2017 ist ein Entscheidungsjahr für die politische und insbesondere auch die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Die Bundestagswahl ist eine Richtungsentscheidung zwischen einer unionsgeführten Bundesregierung und Rot-Rot-Grün. Wer auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft Arbeitsplätze schaffen und sichern will, der muss CDU/CSU und Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützen und wählen. Denn die Entscheidung für Rot-Rot-Grün oder AfD gefährdet nicht nur den Wirtschaftsstandort Deutschland sondern auch die stabile Entwicklung unseres Landes.

Insbesondere der Mittelstand ist Rückgrat wirtschaftlicher Entwicklung und gerade die Familienunternehmen sind Vorbild für Entscheidungsverantwortung und Haftung für das eigene Tun. Mittelstandsförderung ist uns daher ein Hauptanliegen. Rund 56 Prozent unserer Wirtschaftsleistung wird in kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) geschaffen. Mehr als 84 Prozent aller Auszubildenden lernen dort, KMUs stellen knapp 60 Prozent aller Arbeitsplätze. Der Mittelstand mit seiner Beschäftigungs-, Ausbildungs- und Innovationsstärke ist wichtiger Adressat unserer Wirtschaftspolitik. Gerade für ihn konnten die Rahmenbedingungen unter der unionsgeführten Bundesregierung entscheidend verbessert werden. Waren 2005 nur zehn Prozent des Mittelstandes mit dem Standort Deutschland zufrieden, waren es zuletzt über 80 Prozent. Auf diesem Erfolg dürfen wir uns nicht ausruhen. Die Union kann Wirtschaftspolitik!

Der globale Innovationsmotor läuft auf hohen Touren und der Wettbewerb fordert uns. Wir müssen uns im internationalen Wettbewerb behaupten und dabei die Arbeitskosten im Blick behalten. Aber den Wettbewerb gewinnen wir letztlich nicht über die Kostenseite, sondern nur mit Spitzenleistung bei Produkten, Dienstleistungen und den Prozessen wie Industrie 4.0. Dabei gilt es, Belastungen, die sich aus globalen politischen Prozessen ergeben und die wir nur schwer beeinflussen können, ebenso zu bewältigen wie die wirtschaftliche und technologische Dynamik, die uns tagtäglich neu fordert. Dafür muss die Politik verlässliche Rahmenbedingungen bei Forschung, Mobilität und Infrastruktur, Schule, beruflicher wie akademischer Bildung sowie bei innerer und sozialer Sicherheit setzen. Sie muss den Leistungswillen fördern und für Planungssicherheit sorgen.

Die Vorsitzenden der Unionsfraktionen wollen sich für die wirtschaftliche Zukunft in Deutschland stark machen und mit wirtschaftspolitischen Impulsen die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und insbesondere des deutschen Mittelstandes steigern. Unsere Wirtschaftspolitik folgt dabei dem bewährten ordnungspolitischen Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft.

## Steuerpolitik: Mittelstand stärken – Leistungen und Investitionen fördern sowie Steuerrecht international wettbewerbsfähig machen

Die rasant wachsende globale Vernetzung der Unternehmen macht die Steuerpolitik zu einem der wichtigsten Standortfaktoren: eine wettbewerbsfähige Steuerbelastung, Planungs- und Rechtssicherheit, die Vereinfachung des Steuersystems und der Besteuerungsverfahren sowie die Passfähigkeit mit internationalen Standards sollten im Fokus des zukünftigen Steuerrechts stehen. Mit der Steuerpolitik sind über eine gerechte Lastenverteilung hinaus auch Leistungswillen und Leistungsgerechtigkeit zu fördern. Es sind Anreize für Innovation, Unternehmensgründungen und Wagniskapital notwendig. Linke und Grüne sowie Teile der SPD streben im Gegensatz dazu höhere Belastungen für Wirtschaft und Mittelstand an. Die Bürgerinnen und Bürger sollten sich im Vorfeld ihrer Wahlentscheidung über diese fundamentalen Unterschiede bewusst sein. Die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz spricht sich daher für folgende Punkte aus:

- Bei der Einkommensteuer muss das Problem der kalten Progression dauerhaft gelöst werden. Der Mittelstandsbauch sollte kontinuierlich abgebaut werden – ohne dabei andere Einkommen im Gegenzug zu belasten, denn dies würde wieder genau die Mitte der Gesellschaft treffen. Das jährliche Entlastungsvolumen sollte 15 Milliarden Euro betragen.
- Darüber hinaus soll der Solidaritätszuschlag schrittweise auslaufen und so eine Entlastung für alle Einkommen erreicht werden. Diese Entlastung wird insbesondere auch der Wirtschaft einen finanziellen Raum ermöglichen, um weitere Investitionen in die Zukunftsfähigkeit tätigen zu können.
- Mit zunehmender Digitalisierung muss der Prozess des Besteuerungsverfahrens vereinfacht und beschleunigt werden. Damit sollten jedoch nicht neue komplizierte Mitwirkungspflichten der Unternehmen verbunden sein, bei denen die Kosten den Nutzen übersteigen.
- Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes lehnen wir ebenso entschieden ab wie die Wiedereinführung einer Vermögensteuer. Diese würde zu einer Substanzbesteuerung und zur Belastung von Investition und Innovation führen.
- Die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer für den Erwerb selbstgenutzten Wohnraums soll geprüft werden. Wir wollen Familien bei dem Erwerb von selbstgenutzten Wohneigentum entlasten. Der Trend zu immer höheren Grunderwerbsteuersätzen muss gestoppt und umgedreht werden.
- Wir halten eine Vereinfachung von Bilanzierungsregeln bei kleineren und mittleren Unternehmen (KMUs) ebenso für notwendig.
- Infolge der Globalisierung der Wirtschaft und des veränderten Kaufverhaltens der Verbraucher müssen wir uns auch im Steuerbereich auf neue Gegebenheiten einstellen. Unser Ziel ist, eine gerechte Besteuerung der im Internet vertriebenen Leistungen sicherzustellen, indem wir den Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel konsequent bekämpfen.
- Die Unternehmensbesteuerung in Deutschland ist gründlich zu evaluieren. Dabei wollen wir insbesondere die Thesaurierungsrücklage im Hinblick auf die Praktikabilität überprüfen. Wir werden auch prüfen, wie sich die Digitalisierung auf die Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsprozesse der Unternehmen auswirkt und welche steuerlichen Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

## Bürokratische Investitionshemmnisse beseitigen

Unternehmer und Betriebe leiden vielfach unter erheblichen bürokratischen Lasten. Diese binden Kräfte, hemmen Unternehmergeist, Innovationskraft und Investitionsbereitschaft. Wir werden daher weiterhin ein besonderes Augenmerk darauf richten, unnötige bürokratische Auflagen und Pflichten zu beseitigen, den Normenbestand auf das notwendige Maß zu beschränken und für einen vom Bürger her gedachten maßvollen Verwaltungsvollzug zu sorgen. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) sowie Gründerinnen und Gründer profitieren von einer einfacheren Vergabe von öffentlichen Aufträgen und von der Reduzierung der Meldepflichten. Von einem effektiven Bürokratieabbau profitieren wir alle. Denn weniger Bürokratiekosten für den Mittelstand bedeuten mehr Investitionen und damit mehr Arbeitsplätze und Wachstum. Wir sprechen uns daher für folgende konkreten Forderungen aus:

- Die Statistikpflichten für die Unternehmen sind zu reduzieren.
- Die Aufbewahrungsfristen für Rechnungen und Belege sollten auf acht Jahre reduziert werden. Auch durch eine stärkere Nutzung der elektronischen Archivierung ergeben sich Entlastungen.
- Beim öffentlichen Auftragswesen sind die bürokratischen Hürden für den Mittelstand zu senken und somit den Zugang von KMU zu Aufträgen der öffentlichen Hand zu erleichtern.
- Das Planungs- und Genehmigungsrecht muss vereinfacht werden. Wir wollen daher ein Infrastrukturbeschleunigungsgesetz so schnell wie möglich nach der Bundestagswahl auf den Weg bringen. Diese Beschleunigung gilt sowohl für den Ausbau der Infrastruktur als auch für die Genehmigung von Firmenansiedlungen und -erweiterungen. Hierzu wollen wir u.a. eine Selbstverpflichtung des Bundes und der Länder, Vorgaben der EU stets in ihrer mittelstandsfreundlichsten Auslegung umzusetzen. Außerdem wollen wir die Verfahrensökonomie erhöhen. Dazu müssen beispielsweise unnötige Doppelprüfungen abgeschafft und die Behördenbeteiligung auf das absolut notwendige Maß reduziert werden.
- Mit Hilfe digitaler anwenderfreundlicher Anwendungen soll der unvermeidbare bürokratische Aufwand möglichst gering gehalten und so die Lasten für den Mittelstand reduziert werden.
- Angesichts des geltenden Mindestlohnes auf Bundesebene sollen bestehende landesspezifische Regelungen zum Vergabemindestlohn aufgehoben und eine Erleichterung bei den bürokratischen Anforderungen zum gesetzlichen Mindestlohn forciert werden.
- Das Arbeitszeitgesetz muss flexibilisiert werden, wobei einerseits den Interessen der Arbeitgeber Rechnung getragen, andererseits aber auch die Belange der Arbeitnehmer berücksichtigt werden müssen.
- Der Abbau administrativer Hürden für Startups soll weiterhin entschieden vorangetrieben werden. Die bestehenden Hemmnisse für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen an junge innovative Unternehmen sind schnellstmöglich zu beseitigen, um die Chancengleichheit für Startups bei öffentlichen Ausschreibungen (z.B. durch „Start-up-Klausel“) zu gewährleisten.

## Digitalisierung und Wirtschaft 4.0: Digitalisierung voranbringen und den Mittelstand auf dem Weg in die digitale Zukunft unterstützen

Die digitale Technik wird alle Lebensbereiche durchdringen. Es entstehen neue Formen der Produktion, Distribution und des Konsums Konsum, des Lehrens und Lernens, das „Internet der Dinge“. Damit betrifft die Digitalisierung alle Bereiche des Wirtschaftens, Arbeitens und Zusammenlebens. Nach Einschätzung von Experten verändert die Digitalisierung das Profil von bis zu 20 Prozent der Arbeitsplätze. Das stellt sowohl die Unternehmen als auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor große Herausforderungen. Wir müssen die Ängste der Menschen in diesem Zusammenhang ernst nehmen, ihnen begegnen und vor allem den Blick für die Chancen öffnen. Deutschland muss sich noch stärker auf diese Zukunft einstellen. Vor allem den Mittelstand wollen wir auf dem Weg in die digitale Zukunft unterstützen. Wir müssen dabei insbesondere die Themen Forschung und Entwicklung, Software-Kompetenz für große Datenmengen (Big Data) und Sicherheit digitaler Daten hervorheben sowie die Erkenntnisse für alle Branchen und Betriebe in allen Bundesländern nutzbar machen. Wir fordern daher:

- Die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung weiter voranzutreiben und die Datensysteme von Bund, Ländern und Kommunen so aufeinander abzustimmen, dass ein Austausch der Daten ermöglicht wird. Den Unternehmen sowie den Bürgerinnen und Bürgern soll so einen einfachen und sicheren Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen aller Ebenen ermöglicht werden. Hierfür fordern wir dringend einen Fahrplan von Bund und Ländern in den Bereichen Infrastruktur, IT-Sicherheitssysteme und Datensicherheit sowie E-Gouvernement.
- Schaffung eines bundesweiten Digitalbonus: Förderung mittelständischer Unternehmen bei der Digitalisierung von Produkten, Prozessen und Dienstleistungen (bspw. in Form eines zinslosen Darlehens). Dem Mittelstand kann damit das Thema Digitalisierung nähergebracht und ihre Zusammenarbeit mit IT-(Startup)-Unternehmen in finanzieller, logistischer und inhaltlicher Ebene gestärkt werden.
- Ausbau der Digitalisierung der Verkehrsströme auf der Straße, Schiene, auf dem Wasser oder in der Luft durch intelligente Verkehrsleitsysteme und autonomes Fortbewegen, um Mobilität und Güterverkehr effizienter und damit umweltschonender zu gestalten.
- Bei der Digitalisierung muss ein Digitaler Binnenmarkt in Europa geschaffen werden. Dabei muss dieser Binnenmarkt als Selbstzweck erkannt und weniger als Vehikel zur Durchsetzung eines ganz bestimmten (nationalen) Rechtsrahmens in ganz Europa betrachtet werden.
- Dem Fachkräftemangel muss durch Vermittlung digitaler Kompetenzen in der Aus- und Fortbildung sowie Schulen und Hochschulen begegnet werden: Digitale Kompetenz muss als zusätzliche Schlüsselqualifikation begriffen und umfassend in Schulen, in Hochschulen und in beruflicher Aus- und Weiterbildung vermittelt werden. Zudem sind Ausbildungsangebote für Lehrkräfte in allen Ausbildungsphasen sowie die bestehenden Angebote in der Lehrerfortbildung weiterzuentwickeln.

- Auch die bedarfsgerechte Anpassung der Ausbildungsberufe darf nicht aus dem Blick genommen werden. In der Berufsausbildung aller Berufe müssen digitale Kompetenzen vermittelt werden. Die Attraktivität der Berufsausbildung muss erhöht werden. Dies kann vor allem durch den Einsatz digitaler Medien und E-Learning-Plattformen erreicht werden, die den Ausbildungsbetrieben und Auszubildenden mehr Flexibilität ermöglichen.
- Wir unterstützen den von der Bundesregierung vorgeschlagenen DigitalPakt#D, der vorsieht, dass alle Schulen in Deutschland mit digitaler Ausstattung versorgt werden. Die für die Länder vorgesehenen Mittel müssen zu 100 Prozent bei den Schulen ankommen.

### Breitbandausbau: Ausbau von Gigabit-Infrastrukturen vorantreiben, Cybersicherheit für Unternehmen schaffen

Eine flächendeckende Breitbandversorgung ist ein wichtiger Standortfaktor im internationalen Wettbewerb der Unternehmen. Politische Priorität hat daher eine flächendeckende, leistungsfähige „digitale Versorgungsinfrastruktur“, um die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich der Digitalinfrastruktur wettbewerbsfähig zu halten. Insbesondere für innovative Industrien sind leistungsfähige Netze unerlässlich. Digitale Anwendungen in den Bereichen Industrie 4.0, „Internet der Dinge“, autonomes Fahren oder Telemedizin benötigen eine Reduzierung der Latenzzeiten auf Millisekunden und Datenübertragungsraten im Gigabit-Bereich. Um Deutschland eine Spitzenposition in der digitalen Wirtschaft zu ermöglichen, muss der Ausbau der digitalen Infrastruktur entschieden vorangetrieben werden. Zudem ist der Breitbandausbau ein bedeutsamer Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums als Wohn- und Wirtschaftsstandort und verbessert insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen- und mittelständischen Wirtschaft. Gerade auf dem Land braucht der Mittelstand den Breitbandausbau dringend, um wirtschaftlich mit der internationalen Konkurrenz Schritt zu halten. Überdies hat die Bedrohungslage durch Cyberangriffe für Unternehmen zugenommen. Diese werden in ihrer Ausprägung zunehmend professioneller und komplexer. Der digitale Wirtschaftsstandort Deutschland bedarf sicherer IT-Strukturen. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz fordert daher:

- Bis 2030 soll flächendeckend eine Gigabit-Infrastruktur durch den Ausbau von Glasfaser und anderen innovativen Technologien (z.B. 5G-Funktechnologie) geschaffen werden.
- Bei neuen Gewerbe- und Industriegebieten ist einen Direktanschluss an das Glasfasernetz herzustellen und damit die Bandbreite von mindestens 1 Gbit/s als Regelstandard anzustreben. Die vorhandenen Programme von Bund und Ländern sind auf diese Ziele zu optimieren.
- 5G ist als neuer Mobilfunkstandard zu verwirklichen und die Frequenzen 1500 MHz/3,4-3,8 GHz sind bis 2018 bereit zu stellen. Die Chancen von 5G sind aufzugreifen und beschleunigt zu nutzen.
- Öffentlich zugängliche WLAN-Netze sind durchzusetzen und Hochleistungsdatennetze in jeder Kommune frei zugänglich anzubieten.
- Die Beratung der Kommunen für die Breitbandförderprogramme des Bundes und der Länder sind zu verstärken und die zur Verfügung gestellten Fördermittel sollen voll ausgeschöpft werden.

- Unternehmen sollen eindringlich für IT-Sicherheit als ein Teil des Risikomanagements sensibilisiert werden, so dass Unternehmen ihre IT-Sicherheit auf technischer Ebene durch sichere Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen sowie Security by Design („integrierte hohe Sicherheitsstufe im Digitalnetz“) und Security by Default ausbauen.

#### Forschungs- und Entwicklungspolitik: Impulse in der Forschungs- und Innovationspolitik sowie für Unternehmensgründer setzen

Deutschland muss bei der Forschung und Entwicklung in der Industrie und beim Mittelstand wieder Vorreiter werden. Hier werden sich Beschäftigung und Wohlstand der nächsten Jahre entscheiden. Erstmals hat Deutschland das Ziel der Strategie „Europa 2020“ erreicht, jährlich drei Prozent des BIP für Forschung und Entwicklung (FuE) auszugeben. Aktuelle Studien zeigen jedoch, dass die FuE-Investitionen der Wirtschaft vor allem in den großen Betrieben stattfinden, während die Forschungsleistungen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) seit dem Jahr 2009 schrittweise zurückgehen. Gleichzeitig steht für junge, innovative Unternehmen weniger Risikokapital zur Verfügung, und die Zahl der Gründungen nimmt ab: Der Gesamtwert der Risikokapitalinvestitionen in Deutschland ist 2016 von 3,2 auf 2,2 Milliarden Euro gesunken. In einem aktuellen Weltbank-Ranking liegt Deutschland bei der Gründungsaktivität unter 189 Ländern auf Platz 114. Gerade in einer alternden Gesellschaft, die mit rasanten technologischen Veränderungen konfrontiert ist, sind Unternehmensgründungen wichtiger denn je, um die Innovationskraft zu sichern. Junge Menschen, die unternehmerisches Risiko auf sich nehmen, jeden Tag hart für den Erfolg ihres Unternehmens arbeiten und damit sich selbst, ihre Familie und die Familien ihrer Mitarbeiter ernähren, sind die Garanten für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität unseres Landes. Das ist Soziale Marktwirtschaft in Reinform und für die Union von großer Bedeutung. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz spricht sich daher für folgende Punkte aus:

- Für den weiteren Ausbau der Innovationsstärke des deutschen Mittelstands wollen wir das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) fortführen.
- Wir sprechen uns dafür aus, die Quote privatwirtschaftlicher Forschung und Entwicklung zu steigern, u.a. durch die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung
- Die Unterstützung von Gründungen soll mit Wachstums- und Gründerfonds, durch Ausbau von Gründerzentren oder die Einführung eines „BAaföGg“ für junge Gründer ausgebaut werden.
- Für junge, innovative Unternehmen muss der Zugang zu Risikokapital erleichtert werden. Dafür fordern wir, die KfW wieder an der Finanzierung deutscher Wagniskapitalfonds zu beteiligen und es institutionellen Anlegern wie Versicherungen und Versorgungswerken zu erlauben, bis zu drei Prozent ihres Portfolios in Wagniskapitalfonds zu investieren.
- Die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen in Schulen, Hochschulen und in der beruflichen Bildung soll stärker verankert werden.

- Um den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern und die „Transferlücke“ bis zur Umsetzung neuer Ideen in marktfähige Produkte zu schließen, müssen folgende Bundesprogramme fortgeführt, stärker beworben, mit den Länderprogrammen verzahnt und noch mittelstandstauglicher ausgestaltet werden: zur Beratungs- und Kooperationsförderung, zur Förderung von Firmenausgründungen und Patentverwertungen sowie für das Clustern und Netzwerksmanagement. Gleiches gilt für die Hightech-Strategie der Bundesregierung.
- Die Einführung einer rechtssicheren Neuheitsschonfrist im Patentrecht soll geprüft werden, da diese einerseits KMUs entlastet, die sich aufgrund wirtschaftlichen Drucks zur zeitnahen Präsentation ihrer Entwicklungsergebnisse gezwungen sehen und andererseits im Wissenschaftsbereich Zielkonflikte hinsichtlich der akademischen und kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen entschärft.
- Wir sprechen uns zusätzlich zur Projektförderung für die Einführung einer steuerlichen Förderung privatwirtschaftlicher Forschung und Entwicklung aus, die besonders auch auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ausgerichtet ist.

### Freien Handel sichern

Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland gründen in besonderer Weise auf unseren Exporterfolgen und deshalb brauchen wir freien Handel und den Europäischen Binnenmarkt. Populismus und Protektionismus gefährden den freien Handel. Es ist ein fundamentaler Irrtum, dass Abschottung die nationale Wirtschaft und die Arbeitsplätze schützt oder fördert. Die nationalistischen Tendenzen in europäischen Staaten gefährden unsere wirtschaftliche Entwicklung ebenso wie die politische Zukunft. Wir begrüßen daher die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten vom 25. März 2017 in Rom. Die europäische Integration ist im Interesse Deutschlands. Wir fordern daher:

- Beidseitig faire Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, das nunmehr seinen Austritt aus der EU beantragte. Ziel muss auch sein, die wirtschaftlichen Verflechtungen so eng und diskriminierungsfrei wie möglich zu halten.
- Die zügige Ratifizierung von CETA in allen Mitgliedstaaten der EU und die Wiederaufnahme von Verhandlungen über ein TTIP-Abkommen zwischen der EU und den USA.
- Den zügigen Abschluss der Verhandlungen des Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und Japan.
- Die Globalisierung und Internationalisierung ist für unsere wirtschaftliche Zukunft zu nutzen. Die Globalisierungsgegner, vor allem Linke, Grüne, AfD sowie Teile der SPD, gefährden mit ihrer ideologischen Verblendung unsere wirtschaftlichen Chancen.